

**Karl Wohlmuth,  
Universität Bremen**

**Stellungnahme vom 1. 1. 2018 zu einer Mail vom 9. November 2017 von Uwe Warnken, SPD Bremen, AIA, zum Zustand der SPD<sup>1</sup>:**

**Sterbende SPD oder entschlossene Reform? Wir haben die Wahl!**

**Die Sozialdemokratie, die Finanzkrise von 2007/2008 und die Große Rezession.**

**Die SPD muss sich für die Kernbeschäftigung in Europa und für ein angemessenes Lohnwachstum in Deutschland einsetzen.**

Die Annahme in weiten Kreisen der SPD, der Niedergang der Partei hänge mit den Schröder'schen Hartz 4-Reformen zusammen, ist sicherlich nichtzutreffend. Der SPD fehlt eine Analyse der globalen Veränderungen seit der Finanzkrise von 2007/2008 und der Großen Rezession. Eine kürzlich erschienene Studie über die Qualität von Jobs in der Eurozone zeigt, dass europaweit seit Jahren eine Tendenz zu immer schlechteren Jobs vorherrscht. Vgl. zu der sehr nachdenklich stimmenden Studie: Eurozone's 'poor quality' jobs highlights scale of Brussels gig economy challenge, Link: <https://www.ft.com/content/f6b8a156-c87a-3d48-bde6-d77da951ea5d>. Seit der Finanzkrise von 2007/2008 und der Großen Rezession haben sich enorme Verschiebungen in der gesamten Eurozone in Richtung prekärer Jobs ergeben. Die Abnahme der Rate der Arbeitslosigkeit in den letzten drei Jahren in der Eurozone wurde begleitet von einer Tendenz zu immer schlechteren Jobs. Die EU versucht zwar, die „gig

---

<sup>1</sup> Dieser Blog des Autors hat eine kleine, aber interessante Vorgeschichte. Der Beitrag profitierte von der Teilnahme des Bremer Wirtschaftsprofessors Karl Wohlmuth an der Edinburgh Conference von INET, des überaus innovativen Institute for New Economic Thinking in New York. Karl Wohlmuth erhielt im August die Einladung, an der Konferenz als Guest Observer teilzunehmen. Die Konferenz hatte den Titel „Reawakening: From the Origins of Economic Ideas to the Challenges of Our Time.“ Edinburgh ist ja die Stadt, in der Adam Smith, der Begründer der Nationalökonomie, gelehrt hat. Sein Denkmal steht an der Royal Mile, unweit der Burg und nur Schritte vom schottischen Parlament entfernt. Die Konferenz war überaus bedeutsam. Zentrale Fragen ganz nahe der ökonomischen Realität wurden von hunderten Ökonomen aus aller Welt, darunter vier Nobelpreisträgern der Ökonomie, in zahlreichen Panels diskutiert. Frau Nicola Sturgeon, die Ministerpräsidentin von Schottland, eröffnete die Konferenz mit einem eindrucksvollen Plädoyer für Weltoffenheit und regionale Selbstbestimmung. Bei dieser Konferenz im Oktober 2017 wurde in zwei Panels über das Wachstum der Dualwirtschaft in den OECD-Ländern und die politische Reaktion darauf diskutiert. Insbesondere ging es aus ökonomischer Sicht um den Verfall der Mittelklassen, um die Zunahme des Prekariats und um die Zunahme der Bedeutung der Rentierklasse in den OECD-Ländern. Auch auf die Erosion der demokratischen Parteien und auf den Aufstieg populistischer Parteien und Strömungen wurde in ökonomischen Interpretationen eingegangen.

Die Mail von Herrn Uwe Warnken vom Bremer Ausschuss für Internationale Angelegenheiten (AIA) zum Zustand der SPD regte mich zu diesem Blog an, denn in zahlreichen Ländern der Eurozone verlieren sozialdemokratische Parteien weiter an Bedeutung, obwohl die soziale Lage der Menschen im prekären Sektor etwas Anderes vermuten ließe. Der provozierende Titel seiner Mail „Sterbende SPD oder entschlossene Reform? Wir haben die Wahl!“ regte mich dazu an, zu fragen, wie die Dualwirtschaftsmodelle für OECD-Länder genutzt werden können, um den dramatischen Verfall wichtiger demokratischer Parteien in Europa zu erklären, und zu fragen, welche Auswege es in dieser Lage gibt.

economy jobs“ (z. B. Uber-Fahrer und Deliveroo-Kuriere) in die nationalen Wohlfahrtssysteme der Mitgliedsländer zu integrieren, doch mit mäßigem Erfolg, denn immer neue „gig economy jobs“ werden geschaffen. Europaweit wurde die Sicherung der Qualität von Jobs der Doktrin der Wettbewerbsfähigkeit in der Eurozone durch niedrige Löhne untergeordnet. Die EU hat nun zwar die Bedeutung einer Stärkung des Anteils von Vollzeit-Arbeitsplätzen betont, doch fehlen die Instrumente und die Politiken. Über Absichtserklärungen hinaus ist wenig geschehen. Wenn auch die offizielle Arbeitslosenquote im Durchschnitt der Eurozone inzwischen auf 9,5% gefallen ist, so ist andererseits die Qualität der Jobs in diesen Jahren deutlich gesunken. Werden die temporäre Beschäftigung und die Teilzeit-Beschäftigung aus der Beschäftigungsrate herausgerechnet, dann zeigt sich eine Tendenz der kontinuierlichen Abnahme der Rate der Kernbeschäftigung (Vollzeit-Arbeitsplätze). Die Kernbeschäftigung nimmt in der ganzen Eurozone seit 2008 stark ab. Das deutsche und europäische „Beschäftigungswunder“ der letzten Jahre bedeutet, dass die Kernbeschäftigung weit unter dem historischen Durchschnittswert verharret. Praktisch der gesamte Anstieg der Eurozonen-Beschäftigungsrate kann auf Jobs niedriger Qualität zurückgeführt werden.

Die SPD kann darauf reagieren, indem sie die Macron'schen Vorschläge für die Eurozone um ein Programm für Kernbeschäftigung, soziale Integration durch Abbau prekärer Jobs und produktive Investitionen ergänzt. Dabei muss Deutschland Vorreiter sein, weil es mit den hohen Leistungsbilanzüberschüssen die Stabilität der Eurozone ohnehin schon übermäßig strapaziert.<sup>2</sup> Es geht also heute nicht mehr um eine Korrektur/Ergänzung von Hartz 4-Entscheidungen, sondern um ein neues Programm für die Revitalisierung von Kernbeschäftigung in ganz Europa. Die Tarifrunden der nächsten Monate werden zeigen, ob die Gewerkschaften in Deutschland noch die Kraft haben, Abschlüsse deutlich über 2% zu erreichen und die Kernbeschäftigung zu stabilisieren.<sup>3</sup> Viele Experten sind skeptisch, ob die Gewerkschaften dazu noch die Kraft haben. Ein neues Bündnis zwischen SPD und Gewerkschaften müsste diesem Auftrag untergeordnet werden!!

**Die SPD muss im dynamischen (kapitalistischen) Sektor der Gesellschaft präsenter werden.**

**Soziale Reformen sind zwar wichtig, doch die SPD muss die innovative Dynamik in der Wirtschaft und Gesellschaft stärker als bisher beeinflussen.**

In weiten Kreisen der SPD, auch in der Bremer SPD, werden gründliche Reformen der Partei für notwendig gehalten; dies betrifft die Inhalte, die Vermittlung der Inhalte, die Struktur des Parteiapparates, die Demokratisierung bei Entscheidungsprozessen und die Partizipation der Mitglieder. So wichtig all diese Überlegungen auch sind, die Kernprobleme für die Sozialdemokraten liegen meines Erachtens ganz woanders. Wir sehen das jetzt wieder bei den Verhandlungen von SPD und CDU/CSU. Die SPD geht nicht auf der Basis eines aktuellen Gesellschaftsmodells kapitalistischer Entwicklung in die Verhandlungen. Es ist in den letzten Jahren unter Top-Ökonomen üblich geworden, die kapitalistische Gesellschaft von heute mit Dualmodellen zu deuten, die man bisher für Entwicklungsländer genutzt hat. Diese Modelle sollten zeigen, wie der traditionelle, vorkapitalistische und wenig produktive

---

<sup>2</sup> Vgl. dazu die Ausführungen von Gustav Horn, dessen Institut auf der Basis von Simulationen die Schwierigkeiten aufzeigt, die Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands durch Lohnanpassung und durch Fiskalpolitik abzubauen. <http://cms.ineteconomics.org/conference-session/the-future-of-the-eurozone>

<sup>3</sup> Die 2% beziehen sich auf den Durchschnitt aller Tarifbezirke und auf alle Sektoren, für die Gewerkschaften Tarifverträge aushandeln. Abschlüsse der IG Metall wie in Südbaden für die Metall- und Elektroindustrie sind wohl eher die Ausnahme.

landwirtschaftliche Subsistenzsektor und der moderne, kapitalistische und produktive Sektor der Industrie wechselseitig so miteinander verbunden und verändert werden können, dass die gesamtwirtschaftliche Rate des Wachstums und der Innovation steigt. Das Hauptinteresse des kapitalistischen Sektors bestand in der Beschaffung von billiger Arbeitskraft aus dem „prekären Sektor“ der vorkapitalistischen Subsistenzwirtschaft. Nun wird dieses Modell (von den Top-Ökonomen der OECD-Länder, wie Marcella Corsi, Peter Temin, Guy Standing und vielen anderen, und von den Entwicklungsökonominnen wie Lance Taylor) auch auf die entwickelten Volkswirtschaften übertragen (vgl. dazu einführend die Position von führenden Ökonomen: <https://www.ineteconomics.org/conference-session/growth-of-dual-economy>, und die Position des Entwicklungsökonominnen Lance Taylor: <https://www.ineteconomics.org/research/experts/lancetaylor>).<sup>4</sup> Denn seit der Finanzkrise von 2007/2008 und der Großen Rezession zeigt sich ein deutlicher Trend der Herausbildung einer Dualökonomie in praktisch allen OECD-Ländern. Einem wachsenden „prekären Sektor“<sup>5</sup> (vielleicht 60 Prozent der Haushalte) ohne eigenen Innovationsantrieb steht ein „dynamischer Sektor“<sup>6</sup> (vielleicht 39 Prozent der Haushalte) gegenüber, in dem die Wirtschaftsdynamik und die Innovationen entwickelt werden, die auch die Qualität der Jobs im prekären Sektor bestimmen. Dann könnte man noch den Rentier-Sektor<sup>7</sup> hinzufügen (die reichsten 1% der Haushalte), ein Sektor, der in den letzten 10 Jahren ein Eigenleben entfaltet hat und immer mächtiger geworden ist. (Unterstützung der Wahlkämpfe von genehmen Parteien und Kandidaten). Mit einer Finanztransaktionssteuer wird man diese globale Rentiers-Klasse nicht bändigen können. Selbst die OECD konnte nur mäßige Erfolge bei der Identifizierung der globalen Offshore-Plätze erzielen. Ohne volle Transparenz über die Offshore-Plätze kann auch eine Finanztransaktionssteuer nicht funktionieren. Die SPD betätigt sich da in politischer Symbolik. Mehr Druck auf die OECD-Verhandler (Global Automatic Payment Exchanges und BEPS) ist wichtig; die G20 in Hamburg war auch in dieser Hinsicht eine vertane Chance.

Das Dilemma der SPD ist ein Vielfaches: sehr engagiert wurden von der SPD in den Großen Koalitionen soziale Initiativen für Haushalte im „prekären Sektor“ durchgesetzt. Allerdings kam dies bei den Wahlen nicht der SPD zugute. Andere Parteien, vor allem die populistische AfD, aber auch die Linke, die CDU/CSU und neuerlich die FDP, versprachen den „kleinen Leuten“ auch viel. Die geringere (politische und soziale) Artikulationsfähigkeit der Menschen im „prekären Sektor“ bedeutet, dass auch andere Parteien von diesen SPD-initiierten Reformen profitieren (wie überall in Europa). Dazu kommt, dass die Sozialreformen, wie die Rente mit 63, Mindestlohngesetze, Leistungserhöhungen für Kinder, Familien, Alleinerziehende, etc.) der CDU/CSU und der Wirtschaft im „dynamischen kapitalistischen Sektor“ dienen. Während die Einkommensbezieher im prekären Sektor von diesen Sozialinterventionen nur unwesentlich profitieren, bringen sie dem „dynamischen Sektor“ mehr Kaufkraft für ein Konsum-geführtes Wachstum und stärken zusätzlich die Innovationsbasis und das Produktivitätswachstum in

---

<sup>4</sup> Top-Ökonomen (William Lazonick, Mariana Mazzucato, Mario Seccareccia, Servaas Storm und Lance Taylor) haben auch untersucht, was die Politik tun kann, um die Ausbreitung dualer Ökonomien in den OECD-Ländern zu verhindern; vgl. dazu einführend: <https://www.ineteconomics.org/conference-session/reversing-dual-economies>

<sup>5</sup> Der „prekäre Sektor“ umfasst Haushalte, die über niedrige Einkommen verfügen, in ihrer Einkommensposition verwundbar sind, sich an den Strukturwandel und den technischen Fortschritt nicht schnell anpassen können, über eine geringe individuelle bzw. gruppenbezogene Artikulationsfähigkeit verfügen, wenig sparen und in Bildung investieren, und zunehmend einer Aushöhlung ihrer Arbeitsrechte ausgesetzt sind.

<sup>6</sup> Der „dynamische Sektor“ umfasst Haushalte, deren Einkommen deutlich über dem Durchschnittseinkommen liegen, Haushalte, die sich an den Strukturwandel und den technischen Fortschritt relativ schnell anpassen können, vor allem auf Grund ihrer Ausbildung und Artikulationsfähigkeit, Haushalte, die auch eine relativ hohe Sparrate haben und in Bildung und Weiterbildung investieren.

<sup>7</sup> Der Rentier-Sektor umfasst Haushalte, die einen sehr hohen Anteil ihrer Einkommen sparen, umfassend und diversifiziert Vermögen bilden, und als Gruppe einen großen Teil des gesamten Vermögens besitzen.

diesem Sektor. Die CDU/CSU hat von diesem Hebeleffekt für den „dynamischen Sektor“, den vor allem Frau Nahles mit ihren richtigen/wichtigen Sozialreformen ausgelöst hat, stark profitiert. Die CDU/CSU kontrolliert nach wie vor den „dynamischen Sektor“ der artikulationsfähigen Schichten, der Innovatoren, der Bezieher von höheren Einkommen, der Mittelständler und der Träger von produktiven Investitionen. Das Ende von Jamaika ist durchaus im Sinne von der CDU/CSU, denn die FDP verliert nun ihren (fast wieder gewonnenen) Einfluss auf die „Leistungsträger“ im dynamischen Sektor. Gleichzeitig konnte die CDU/CSU ein sozialdemokratisches Profil erarbeiten (da die Sozial-Reformen der Großen Koalitionen ja immer so gesteuert und abgefedert wurden, dass sie dem „dynamischen Sektor“ nützen).

**Der Weg der SPD zur 10%-Partei muss nicht zwangsläufig beschränkt werden.**

**Die SPD kann aber nur dann wieder breite Akzeptanz gewinnen, wenn sie umfassende Angebote für wesentliche Akteure im dynamischen (kapitalistischen) Sektor entwickelt, gleichzeitig aber auch europaweit die Trends zum Prekariat bekämpft.**

Was folgt daraus? Daraus folgt, dass die SPD tatsächlich weiter abrutschen kann, auf und unter 10%, wenn es ihr nicht gelingt, konkrete und glaubwürdige Angebote für den „dynamischen Sektor“ zu machen: Infrastruktur, soziale Sicherung, Modernisierung des Gesundheitswesens, Digitalisierung, Entrepreneurship Development, soziale Absicherung von kleinen Unternehmen, Venture Capital-Initiativen, Mobilität und Stadtentwicklung, neue Fiskalpolitik, demographische Entwicklung und Fachkräfteausbildung, ökologische Innovationen, u. v. m. Insbesondere geht es auch darum, zu zeigen, dass solidarisches Handeln im Rahmen sozialdemokratischer Politik den Akteuren im dynamischen Sektor durchaus nützen kann. Viele kleine Unternehmer sind unterversichert und können von einer Bürgerversicherung/Rentenreform/Pflegereform durchaus profitieren. Um es noch weiter zuzuspitzen. Wenn sich die SPD nur für die soziale Absicherung des Prekariats in einer Großen Koalition stark macht, nicht aber die gesellschaftliche Entwicklungsdynamik aller drei Sektoren umfassend zu ihrem Thema macht, wird es mit der Partei weiter nach unten gehen (wie fast überall in Europa)! Es wird auch ein ganz anderes Europa entstehen, das immer weniger durch die Sozialdemokraten geprägt sein wird.<sup>8</sup>

---

<sup>8</sup> Einen ganz anderen Weg beschreitet Andreas Nölke in seinem IPG-Beitrag „Die linkspopuläre Option“ vom 30. 1. 2018, die er als Angebot für Bevölkerungskreise sieht, die nicht kosmopolitisch, sondern kommunitaristisch orientiert sind (vgl.: <http://www.ipg-journal.de/rubriken/soziale-demokratie/artikel/die-linkspopulaere-option-2562/>). Das gesellschaftliche Umbauprojekt, das er in dem Beitrag vorstellt und das eine neue SPD anleiten soll, könnte aber schon mit der derzeitigen Phase der EU-Integration kollidieren und doch zu einem gefährlichen Rückschritt beim „Friedensprojekt Europa“ führen.